

Interview mit Vladimir Zelezny, offiziellem Sprecher des Bürgerforums

«Wir sind eine regierende Bewegung»

Ein Jahr nach der sanften Revolution steckt die CSFR mitten in der Umgestaltung auf einem widersprüchlichen und oft unübersehbaren Weg. Die Aufhebung der Visapflicht und des Zwangsumtausches ermöglichen es uns allen, die Realitäten direkt mitzuerleben. Roland Brunner war für die BRESCHÉ in Prag und unterhielt sich mit Vladimir Zelezny, Sprecher des Bürgerforums, und mit Petr Uhl, als Dissident der ersten Stunde den BRESCHÉ-LeserInnen bestens bekannt.

Vladimir Zelezny, wie definiert sich das Bürgerforum heute, ein Jahr nach der sanften Revolution?

Vladimir Zelezny: Das Bürgerforum besteht als breiter Zusammenschluss von tschechischen und slowakischen politischen Parteien, Gruppen und Clubs. Wir stellen eine Art Schirm für 14 oder 15 politische Gruppierungen dar. In der Vorwahlperiode manifestierte diese Breite des politischen Spektrums unsere Stärke. Jetzt entwickelte sich das aber zu einem schweren Nachteil für unser weiteres Vorgehen. Innerhalb unserer Bewegung finden wir Gruppierungen von extrem links, bis nach rechts aussen ausgerichteten christlichen Strömungen. Vor den Wahlen konnten wir damit ein breites Spektrum der Opposition repräsentieren. Aber jetzt sind wir eine regierende Bewegung. Das schafft widersprüchliche Momente in sich selbst: Gleichzeitig Bewegung und Regierung zu sein, stellt uns vor die Zerreißprobe. Im Parlament kam es beispielsweise schon vor, dass Mitglieder des Bürgerforums gegen Vorschläge stimmten, die andere Mitglieder des OF einbrachten. Wir müssen uns darum ständig um ad-hoc-Koalitionen bemühen, um einzelne Gesetzesvorlagen durchzubringen. Diese Situation ist sehr konflikt-

trächtig und wir finden in anderen Ländern keine Beispiele dafür, wie sie erfolgreich gemeistert wurde.

Wird das OF als Bewegung überleben oder wird es sich in politische Parteien differenzieren?

Wir stellen jetzt schon einen Prozess des Abbröckelns fest, aber wir hoffen, dass wir das OF zusammenhalten können bis zu den nächsten Wahlen 1992. Sicher wird eine Einschränkung unseres zu breiten politischen Spektrums notwendig sein. Es kann unmöglich gelingen, die ganze Breite zusammenzuhalten. Der erste Konflikt entstand um die Rückgabe von enteigneten Gütern an die Kirche; Güter, die ihr von den Kommunisten Anfang der 50er Jahre gestohlen wurden. Es ist ein moralischer Imperativ, zurückzugeben was gestohlen wurde. Es handelte sich um die Rückgabe eines Zehntels des ehemaligen Besitzes, der eingesetzt werden sollte für Ausbildung und Wohlfahrt. Unglücklicherweise waren einige linke Gruppen unerbitlich dagegen. Der nächste Konflikt läuft jetzt um die Fragen der Privatisierungen, freie Marktwirtschaft und Sozialvorsorge. Wir sehen uns in einer sehr schwierigen Situation innerhalb des OF.

Wie sieht diese Breite an der Basis aus?

Unsere Strukturen sind nicht vertikal aufgebaut. Es besteht einzig eine Art Koordination zwischen den verschiedenen Ebenen unserer Bewegung. Auf lokaler Ebene geht es leichter, diese Probleme zu lösen, da die Leute sich hier kennen, Koalitionen für konkrete Vorlagen zu finden. Auf der obersten Ebene, im Parlament, und im OF nehmen aber kleine linke Gruppen, die in der Gesellschaft

praktisch keine Unterstützung finden, einen viel zu starken, dominierenden Einfluss.

Wie würden Sie die tschechische und slowakische Gesellschaft von heute charakterisieren?

Wir stecken in einer Übergangsperiode. Also sind wir eine Übergangsgesellschaft. Eine Vielzahl spezifischer Fragen müssen gelöst werden. Bis jetzt kennen wir noch keine volle Demokratie. Nicht weil wir sie nicht einführen wollten, sondern weil wir mit einer Situation konfrontiert sind, auf die die Menschen nicht vorbereitet waren. Die Leute sind unfähig zu diskutieren, andere Meinungen anzuhören. Es existieren keine Mechanismen der Konsensfindung. Wir sind konfrontiert mit elementaren technischen Problemen der Demokratie.

An der Spitze der Gesellschaft, in den Entscheidungszentren, begannen im November letzten Jahres entscheidende Veränderungen. Dieser Teil des Systems wurde völlig ausgewechselt hin zu Demokratie und freier Marktwirtschaft. Diese beiden Punkte stehen im Zentrum unseres Programms: Marktwirtschaft und eine freie Demokratie westlichen Zuschnitts. Leider schreitet dieser Prozess an der Basis nur sehr langsam voran, aber das ist verständlich. Im November finden nun die ersten lokalen Wahlen in den Gemeinden statt und wir hoffen, dass dies uns helfen wird, kommunale Strukturen aufzubauen.

Ein anderes entscheidendes Problem liegt in der Kontinuität auf wirtschaftlicher Ebene: Auch wenn wir die kommunistische Herrschaft auf allen politischen Ebenen brechen, sind wir nicht fähig, auch ihre wirtschaftliche Macht zu brechen. Die einzigen, die bereit sind, bei einer Liberalisierung der Ökonomie



Geld in unserem Land zu investieren, sind eng mit dem vorherigen Regime verknüpft. Alle diese Personen, die grosse Mengen illegaler harter Devisen im Ausland horten – in der Schweiz zum Beispiel. Wenn wir also sofort eine private, freie Marktwirtschaft einführen, wenn wir einen privaten Sektor ermöglichen, werden diese völlig in den Händen alter Strukturen und Mächte sein. Wir laufen Gefahr, zwar politisch zu regieren, aber unsere wirtschaftliche Macht zu verlieren. Eine Möglichkeit kann vielleicht darin bestehen, den Staatsbesitz an alle BürgerInnen zu verteilen. Eine andere Möglichkeit wären Investitionen aus dem Ausland. Ausländisches Geld ist für uns annehmbarer als Geld von unseren alten Beherrschern.

Haben die Konzeptionen eines Dritten Weges, wie sie Ota Sik in den 60er Jahren für die CSSR entwickelte, einen Rückhalt?

Wir liegen heute weit entfernt von den Vorstellungen Ota Siks. Wir hoffen, innerhalb von etwa 10 Jahren den Beitritt zu Europa als wirtschaftlicher Einheit vollziehen zu können. In 10 Jahren müssen wir soweit sein, dass wir den Antrag auf Vollmitgliedschaft in der EG stellen können. Das ist unser wichtigstes Ziel für die Zukunft. Vielleicht sind 10 Jahre eine zu optimistische Annahme. Die schwierigste Phase kommt mit den nächsten zwei Jahren auf uns zu. In dieser Zeit muss zuerst die Gesetzgebung radikal verändert werden. Beispielsweise wurde schon vor der Sommerpause ein Gesetz

angenommen, das ausländischen Investoren die volle Gewinnrückführung ermöglicht. Das war eine absolute Vorbedingung, um überhaupt Investitionen zu erhalten. Dann muss die Wirtschaft entmonopolisiert werden. Noch dieses Jahr sind 70 bis 80 Prozent von Handel und Dienstleistungen zu entstaatlichen. Die Betriebe mittlerer Grösse müssen privatisiert werden.

Während des letzten Wahlkampfes haben wir der Bevölkerung gesagt: Die Zukunft sieht düster aus. Es ist eigentlich gefährlich, während Wahlen so etwas zu sagen. Wir haben den Leuten erklärt, sie müssten mit harten Massnahmen rechnen, mit einem Absinken ihres Lebensstandards. Die Menschen haben das akzeptiert. Kürzliche Meinungsumfragen haben gezeigt, dass sie bereit sind, ihren Lebensstandard um einen Fünftel zu senken. So hoch liegt der Niedergang, mit dem wir auf längere Zeit gerechnet haben. Dieser längerfristige Niedergang wird nun aber überlagert durch kurzfristige Schocks externen Ursprungs. Das wichtigste Beispiel für einen externen Krisenfaktor dieser Art stellt die Kürzung der sowjetischen Erdöllieferungen dar. Sie wurde ohne vorherige Ankündigung von einem Tag auf den anderen vorgenommen. Keine Wirtschaft der Welt kann einen solchen Schlag unbemerkt überstehen. Wir wollen nicht annehmen, es stünden politische Gründe, Druckversuche, hinter dieser Massnahme. Wir akzeptieren die sowjetische Erklärung, die Gründe seien rein technischer Natur. Aber diese Kurzzeit-Schocks haben die gleichen Auswirkungen auf die Leute wie unsere eigenen Langzeitmassnah-

men. Sie kumulieren und kombinieren sich und das ist gefährlich. Es gelingt uns nur schwer verständlich zu machen, dass wir diese Probleme nicht vorhersehen konnten und dass sie nicht das Resultat unseres Misswirtschaftens sind. Diese Kurzzeit-Schocks können all unsere Langzeitmassnahmen in Gefahr bringen. Die Menschen sind bereit, Opfer zu bringen, aber diese Schocks kommen unerwartet und wirken destabilisierend.

Wird der Weg nach Europa wirklich offen stehen? Wird Europa mit offenen Armen auf die CSFR warten? Was wird die Sowjetunion dazu sagen?

Wir sind realistisch. Aber wir glauben, dass unsere Ausgangslage viel besser ist als diejenige anderer Länder Osteuropas. Die Aussenschulden Polens oder Ungarns beispielsweise liegen viel höher als unsere. Die Struktur der tschechoslowakischen Wirtschaft ist bedeutend besser als die polnische. Natürlich befinden wir uns in einer schlechteren Lage als die DDR, aber das ist etwas anderes.

Zur Sowjetunion: Eine Wiederholung des August 1968 (Einmarsch zur Beendigung des Prager Frühlings, die Red.) ist heute unmöglich. Die allgemeine Lage kann gar nicht miteinander verglichen werden. Unsere Nachbarn von heute zählen zu den demokratischen oder zumindest halbdemokratisierten Staaten. Der Warschau-Pakt ist faktisch zusammengebrochen. Natürlich zwingt uns unsere geopolitische Lage, genau zu verfolgen was in der Sowjetunion geschieht. Unsere Zukunft bleibt zum Teil abhängig davon, was sich dort weiter entwickeln wird. Die Prozesse bleiben unausweichlich, wenn vielleicht auch mit Rückschlägen. Die UdSSR ist heute nicht mehr so stark wie vor 22 Jahren. Und die Veränderungen hier haben sich so schnell

«Die Parteienherrschaft verhindern»

Auszüge aus einem Interview mit Petr Uhl, Oppositioneller der ersten Stunde, heute nominierter Generaldirektor der CTK, Presseagentur der tschechoslowakischen Regierung, Abgeordneter auf dem ersten Listenplatz für das Bürgerforum im Parlament

Wie würdest du die CSFR von heute charakterisieren?

Ich glaube, wir müssen an unserer alten Definition des bürokratisch deformierten Arbeiterstaates festhalten. Wir sind weder ein wirklicher Arbeiterstaat noch ein bürgerlicher Staat, da es auch kein Bürgertum gibt, auch wenn viele soziale Beziehungen bürgerliche geblieben sind. Der Stalinismus war nicht fähig, alles umzukrempeln und seit Anfang der 60er Jahre bestand die Politik der Kommunistischen Partei eher in einer Verbürgerlichung und Privatisierung des gesellschaftlichen Lebens. Die öffentliche Moral hier entsprach in etwa derjenigen im Westen, abgesehen von den Zügen der Konsumgesellschaft, die hier viel weniger entwickelt sind. Viele, vor allem junge Leute verwerfen die Vorstellung der Konsumgesellschaft und es gibt eine permanente Diskussion um die Orientierung der Gesellschaft.

Trotzdem ist es sehr schwierig, heute eine theoretische Definition unserer Gesellschaft zu geben, des sozialen, politischen und kulturellen Systems, wenn man unsere klassische Definitionen verlässt. Natürlich müssen wir diese auf dem Hintergrund der kürzlichen Ereignisse in vielen Bereichen überdenken und verfeinern. Das wichtigste, aber das ist banal und marxistisch, wird die Entwicklung der ökonomischen Beziehungen in den nächsten Jahren sein. Bis jetzt bleibt die famose Privatisierung nur ein Schlagwort ausser im Dienstleistungsbereich und im Handel. Und selbst da bin ich nicht sicher, ob es in Prag schon ein einziges privates Ladengeschäft gibt.

Die CSSR war ein Land, in dem bis auf etwa 10 Prozent der Landwirtschaft alles verstaatlicht war. In der Landwirt-

schaft ist allerdings der grösste Teil des Bodens in der Hand von Kooperativen. Die Staatsfarmen machen nur einen sehr kleinen Teil aus. Die Revolution vom November veränderte schlagartig alles auf der politischen Ebene, aber nicht in den sozialen Beziehungen und in der Ökonomie.

War das wirklich eine Revolution oder nicht einfach der Zusammenbruch der alten Herrschaft?

Sicherlich ist unsere Erfahrung verschieden von derjenigen Polens, wo Solidarnosc 10 Jahre lang gekämpft hat. Hier gab es nur kleine Gruppen von Oppositionellen, die aber eine immer wichtigere Rolle in der Gesellschaft spielten. Bis zu einem gewissen Masse war es sicher ein Kollaps der Herrschaft im November, der aber herbeigeführt wurde durch die Aktivitäten der Unabhängigen. Noch heute wird im Bürgerforum klar unterschieden zwischen den «Alten», die sich schon vor der Revolution an oppositionellen Tätigkeiten beteiligt haben, und denjenigen, die nachher dazugestossen sind. Wir Alten sind zwar in der Minderheit, aber wir haben ein grosses Gewicht.

Der Umsturz im November letzten Jahres war eine politische Revolution, denn die politischen Beziehungen in diesem Land wurden von Grund auf verändert. Die politische Macht, die in den Händen der Hierarchie des kommunistischen Apparates lag, unterstützt von ihrer Armee, ihrer Polizei, ihrer Justiz, ihrer Gewerkschaft, ihren Frauen, ihrer Jugend usw., diese ganze Struktur existiert nicht mehr. Wir haben heute ein politisch pluralistisches System. Ich weiss nicht, ob dieses System gut ist oder nicht, auf jeden Fall ist es verschieden von den klassischen bürgerlichen Demokratien. Es baut weniger auf den politischen Parteien auf, die auch hier existieren, die aber relativ unbedeutend sind. Das Bürgerforum wie sein slowakisches Pendant, die Öffentlichkeit gegen Gewalt, und andere Gruppen sind Bewegungen, nicht Parteien. Die Parteien sind auch

im Parlament nur schwach vertreten. Wir sind natürlich für das volle Recht für die Parteien, für Zugangsmöglichkeiten zu Radio, Fernsehen, Presse usw. Aber wir glauben, dass wir es um jeden Preis verhindern müssen, dass eine oder mehrere Parteien in Koalition während der nächsten vier Jahre eine Mehrheit im Parlament und Regierung erringt. Wir sind für zwei Jahre gewählt. Die Legislatur des nächsten Parlaments dauert vier Jahre. Wenn heute die Parteien die Macht übernehmen würden, so wären es nur ihre Führungsgremien ohne die Bevölkerung. Das wollen wir verhindern. Deshalb versuchen wir, das Bürgerforum zu behalten. Im Frühjahr durchliefen wir eine Krise, aber jetzt hat das OF wieder Atem geschöpft, indem es auf die Gefahren einer Parteienherrschaft aufmerksam machte.

Ein zweiter Unterschied zu den bürgerlichen Demokratien liegt in der grossen Diskussion um die Frage, ob wir uns integrieren sollen in das westliche Wirtschaftssystem oder ob wir einen dritten Weg versuchen sollen: Entstaatlichung ohne Privatisierung. Wir müssen einen Warenmarkt schaffen, auf dem die direkten Produzenten ihren Profit realisieren können, ohne die gesellschaftliche Kontrolle zu verlieren. Diese zentrale Frage ist noch nicht gelöst. Der Konflikt zeichnet sich ab.

Welche Rolle spielt heute noch die KP?

Häufig stimmen sie heute im Parlament mit uns, mit dem Bürgerforum. Wenn das Bürgerforum in Rechte und Linke gespalten ist, so stimmen sie mit der Linken. Natürlich haben sie überhaupt keine Glaubwürdigkeit bei der Bevölkerung mehr. Wenn ich genau das gleiche sage wie ein Kommunist, so sage ich die Wahrheit, aber bei ihm ist es Demagogie. Die Erfahrung von 40 Jahren Unterdrückung ist nicht zu beseitigen. Vor allem in der Wirtschaftsdebatte wird sich eine linke Politik kristallisieren. Wir werden sehen, ob es gelingt, einen Block zu bilden.

und weitgehend entwickelt, dass eine Rücknahme dieser Veränderungen unmöglich wurde.

Unsere Revolution war sehr sanft und sehr schnell. Wir haben den bestmöglichen Zeitpunkt genutzt, den es in unserer Geschichte gab.

Eine Gefahr für die junge Revolution und die Demokratie kann die nationale Frage sein. Welche Dynamiken entwickelt sie heute?

Die nationale Frage stellt eine riesige Gefahr dar. Die Spaltung zwischen dem

tschechischen und dem slowakischen Teil geht sehr tief. Die Ursprünge dieses Konflikts liegen in der Vorkriegszeit. Die Struktur des politischen Lebens in den tschechischen Gebieten kennt eine völlig andere Tradition. Wir waren Teil Zentral-europas, des österreichischen Teils des



österreichisch-ungarischen Reiches. Kultur und Zivilisation entwickelten sich hier in einem einzigartigen Dreieck zwischen tschechischer, deutscher und jüdischer Kultur. Unglücklicherweise wurden die deutsche und die jüdische Komponente praktisch zum Verschwinden gebracht. Die Juden wurden durch die Nazis liquidiert, und die Deutschen wurden zum Land raus geschmissen. Wir fühlen uns aber als ZentraleuropäerInnen. Wir wollen unsere Gesellschaft nicht aufbauen auf dem Prinzip der Sprach-Nation, wie Herder diese Idee im 18. Jahrhundert vertreten hat.

In der Slowakei finden wir leider eine ganz andere Situation. In den tschechischen Gebieten bestand eine starke oppositionelle Bewegung. Die Charta 77 beispielsweise wurde hier von etwa 3300 Leuten unterschrieben – in Slowakien von ganzen 6 Personen. Das für unsere Revolution äusserst wichtige «Manifest einiger Sätze» wurde hier von 33'000 Menschen unterzeichnet – in Slowakien von ganzen 12.

Die einzige reale Basis für das Auftauchen neuer, fähiger PolitikerInnen in Slowakien sind die katholische Kirche und der Nationalismus. Unglücklicherweise sind diese beiden Strömungen sehr stark und mobilisieren gegen die Idee Zentraleuropas. Sie denken in Kategorien einer Nostalgie des 19. Jahrhunderts mit dem anachronistischen Prinzip «Eine Sprache – eine Nation».

Also ein reaktionärer Nationalismus?

Leider ja. Wir werden nicht gegen das Selbstbestimmungsrecht sein, wenn sie es einfordern. Aber wir wollen die Tschechoslowakei als Bundesstaat behalten.

Wenn sie eine Konföderation oder die vollständige Trennung vorziehen, werden wir dagegen sein, aber ihre Meinung akzeptieren. Wir werden sie nie zwingen, mit uns zusammen zu bleiben.

Daneben haben wir aber eine gewisse Verantwortung für den ungarischen Teil Slowakiens. Dieser Teil gehörte 1918, als unsere Republik gegründet wurde, zu Ungarn. Er gehörte nie zur Slowakei. Erst mit der Neugründung der Republik kam er zur Tschechoslowakei. Hier leben fast ausschliesslich UngarInnen. Kultur und Sprache blieben zu fast 100 Prozent ungarisch. Die nationalistischen Gefühle in der Slowakei richten sich nicht nur gegen die TschechInnen und gegen die Juden und Jüdinnen – es gibt in der Slowakei einen virulenten Antisemitismus – sondern vor allem gegen diese ungarische Bevölkerung. Die Frage lautet also, was mit diesen Gebieten geschieht, die Teil der CSSR waren, wenn heute die CSFR auseinanderbrechen sollte.

Wie ich gesagt habe, kommen die einzigen fähigen Politiker der Slowakei aus rechtsgerichteten, nationalistischen Kirchenkreisen. Sie hängen der Idee des freien slowakischen Staates nach, wie er während des Zweiten Weltkrieges bestand. Dieser Staat bezahlte als einziger Nazi-Deutschland für jeden ermordeten Juden. 50 Kronen für jeden toten Juden! Eine Rückkehr zu solchen Ideen ist für uns absolut unakzeptabel. Aber wir erwarten hier wirklich harte Probleme.

Gibt es auf dem Weg nach Europa auch Fehler des Westens, die ihr nicht wiederholen wollt?

Das ist sehr schwer zu sagen. Wir gehen jetzt einen Weg, für den es keine Erfah-

rungen, keine Wanderkarten gibt. Wir müssen den Weg zurückbuchstabieren von einer vom kommunistischen Staat verplanten Wirtschaft zurück zu einer Marktwirtschaft. Bisher ist keine Gesellschaft erfolgreich diesen Weg gegangen. Wir wissen nicht, was besser, was schlechter ist, was gut ist und funktionieren wird. Das ist wie aus Rührei wieder ganze Eier zu machen. Es ist da sehr schwierig, von vermeidbaren Fehlern zu sprechen.

Unsere Gesellschaft wird sehr wahrscheinlich eher etwas sozialer sein. Andererseits werden wir wohl aus wirtschaftlichen Zwängen heraus nicht fähig sein, so umweltbewusst zu produzieren wie ein reiches Land im Westen. Sauber sein heisst reich sein. Wir haben die Ressourcen nicht dazu.

Wir wollen keine Darlehen vom Westen. Wir wollen kein Geld. Wir wollen die Fehler nicht wiederholen, die Polen begangen hat. Sie haben viel Geld in eine absolut ineffiziente Wirtschaft gesteckt und es damit vollkommen verschwendet. Diese Fehler wollen wir nicht wiederholen. Wir wollen keine Darlehen, aber wir benötigen dringend westliche Beratung im Bankwesen, im Management, in der Ausbildung, im Investment und in allen Bereichen der Marktwirtschaft.

Das zweite Problem stellen die Joint Ventures dar, die wir benötigen, nicht nur um Geld ins Land zu holen, sondern vor allem um Fachleute hierher zu bringen. Unsere Spezialisten müssen die Möglichkeit haben, mit ihnen zusammenzuarbeiten. Und dann brauchen wir natürlich Investitionen. Geld brauchen wir nur, wenn noch mehr so unerwartete Schocks auf uns zukommen wie die Kürzung der Öllieferungen durch die UdSSR.